

STEUERN

## „Kriminelle werden belohnt“

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans, 59 (SPD), fordert Nachbesserungen des geplanten Steuerabkommens mit der Schweiz.



TEUTOPRESS / SÜDD. VERLAG

**SPIEGEL:** Herr Minister, am Mittwoch beraten Sie mit SPD-Kollegen aus den Ländern über das Steuerabkommen. Was wollen Sie erreichen?

**Walter-Borjans:** Wir werden keinem Abkommen zustimmen, das von Seiten der Schweizer zwei Ziele hat: Ermittlungen gegen Steuerhinterzieher zu behindern und, da wo ermittelt ist, die Verfolgung zu vereiteln.

**SPIEGEL:** Was wollen Sie ändern?

**Walter-Borjans:** Wir müssen ganz klar die Möglichkeit haben, alle Verdachtsfälle zu überprüfen. Im Abkommen ist das auf 999 Fälle in zwei Jahren beschränkt. Allein bei einer Steuer-CD haben wir es mit Tausenden Fällen zu tun. Diese Beschränkung zeigt mir: Die Schweiz möchte nicht zu viel Licht ins Dunkel kommen lassen.

**SPIEGEL:** Das Abkommen sieht eine Steuer von 19 bis 34 Prozent auf Altfälle vor, also auf Kapital, das schon in der Schweiz lagert. Ihre CDU-Kollegen freuen sich auf den Geldsegen für die öffentlichen Kassen.

**Walter-Borjans:** Das finde ich seltsam. Stellen Sie sich vor, jemand überfällt eine Bank und erbeutet eine Million. Dann meldet er sich und schlägt ein Geschäft vor: Ihr bekommt 500.000 Euro zurück dafür, dass ich straffrei bleibe, dann habt ihr mehr als nichts.



Bank in Zürich

ANDREE KAISER / CARO

Auf solche Deals kann man sich nicht ernsthaft einlassen.

**SPIEGEL:** Sie fordern höhere Steuern?

**Walter-Borjans:** Der Preis der Anonymität ist, dass 50 bis 70 Prozent Steuern auf jahrelang unversteuerte Vermögen fällig werden. Das halte ich auch hier für angemessen. Das Abkommen geht von viel zu niedrigen Nachzahlungen aus. Je mehr und je länger Steuern hinterzogen worden sind, desto niedriger fällt der Prozentsatz aus. Je krimineller also die Hinterziehung, desto lohnender für den Hinterzieher. Dem kann man nicht zustimmen.

**SPIEGEL:** Ist Ihnen auch die Abschlagszahlung der Banken zu niedrig, die als Zeichen ihres guten Willens immerhin zwei Milliarden Franken zahlen wollen?

**Walter-Borjans:** In den Verhandlungen zwischen dem Bund und der Schweiz war sogar einmal von bis zu 10 Milliarden die Rede. Deshalb wären mindestens 5 Milliarden alles andere als ein abwegiger Abschlag für die 130 bis 160 Milliarden Euro, die unseren Schätzungen zufolge schwarz in der Schweiz liegen.

**SPIEGEL:** Wenn das Geld überhaupt noch da ist – die Schweizer haben den Begriff „Abschleich“ geprägt, für die Flucht des Geldes nach Singapur und Hongkong.

**Walter-Borjans:** Darum bin ich gegen Übergangsfristen, die Vermögenstransfers nach Inkrafttreten des Abkommens noch möglich machen. Außerdem sollten wir automatisch Daten austauschen wie innerhalb der Europäischen Union üblich. Es geht ja darum, mit der Schweiz ein Abkommen zu finden, das dem Standard der EU entspricht.

**SPIEGEL:** Verliert damit die Schweiz nicht ein Geschäftsmodell?

**Walter-Borjans:** Ich sehe die Schweiz an einem Scheideweg. Wenn es nicht aufhört, dass ihre Banken Steuerhinterziehung zum Geschäftsmodell machen, geht das irgendwann zu Lasten des seriösen Kapitals. Will die Schweiz das Geld von Diktatoren, griechischen Milliardären und deutschen Steuerflüchtlingen schützen? Diese Frage muss sich das Land stellen.

**SPIEGEL:** Wie groß sind die Chancen für Nachverhandlungen?

**Walter-Borjans:** Ich rechne nicht damit, dass es einfach wird. Wenn allerdings die Schweiz kein Interesse an einem Abkommen hätte, würde ihr Botschafter nicht die Finanzminister der Bundesländer und die Ministerpräsidenten besuchen. Es geht um den Marktzutritt für Schweizer Banken zum europäischen Markt – und natürlich auch um ein Stück Image des gesamten Schweizer Finanzsektors.



Wirkt. Natürlich.

## Nehmen Sie sich mal wieder stressfrei.



### Mit den wohltuenden „Stressfrei“-Bädern von Kneipp®.

Ob als Badeperlen oder Gesundheitsbad – dank ätherischer Öle aus Mandarine und Orange können Sie Stress und Anspannungen einfach wegbaden.

[www.kneipp.de](http://www.kneipp.de)

\*Nielsen LEH und DM Deutschland, MAT November 2011, Wert in Euro, Badezusätze total Marken

EURO-KRISE

27

# Weiter so, Griechenland?

Athen bekommt die nächsten Hilfsmilliarden, doch das Unbehagen wächst. In den Straßen des Pleitestats eskalieren die Proteste, Berlin und Brüssel zweifeln zunehmend an der eigenen Rettungsstrategie. Es wird Zeit für einen Plan B.

Ein geeigneter Ort, um für ihre Griechenland-Politik zu werben, hätte die Kanzlerin kaum finden können. Angela Merkel sitzt auf einem breiten Ledersessel im Berliner Neuen Museum, in dem viele alte Schätze ausgestellt sind. Hinter ihr streben antike Säulen in die Höhe, was der Szenerie einen Hauch von Akropolis verleiht.

Es ist Dienstag der vergangenen Woche, eine Stiftung hat zur Diskussion über Europas Zukunft geladen. Eine junge Frau steht auf, sie studiert in Deutschland und bezeichnet sich als „verzweifelte Vertreterin einer jüngeren griechischen Generation“. Natürlich würde sie nach dem Studium gern in ihre Heimat zurückgehen, sagt sie. „Doch wenn ich in Athen nach Arbeit frage, bekomme ich nur Jobs in Deutschland angeboten.“

Merkel nickt. Die Lage in Griechenland sei „extrem schwierig“, sagt sie, doch eine Währungsunion ohne den hochverschuldeten Staat kann sich die Kanzlerin nicht vorstellen. „Ich will, dass Griechenland den Euro behält“, sagt sie. Und dann gibt Merkel, ungefragt und unmissverständlich, eine Art Garantie-Erklärung für die Hellenen ab. „Ich werde mich nicht daran beteiligen, Griechenland aus dem Euro zu drängen“, sagt sie. „Das hätte unabsehbare Folgen.“

Es sind deutliche Worte am Beginn einer Woche, in der den Euro-Retttern die Regie über ihr Drama mal wieder gründlich entglitten ist. Eigentlich wollten sie ihren skeptischen Bürgern endlich einen überzeugenden Griechenland-Plan präsentieren: ein tragfähiges Konzept für die Sanierung des Schuldenstaates und eine Bekräftigung des Willens, die Währungsunion in ihrer heutigen Form um jeden Preis zu erhalten.

Stattdessen gibt es nun bestenfalls die Umriss eines Programms zu besichtigen, an das nicht einmal mehr seine Erfinder glauben mögen. Bei Europas Finanzministern wächst die Skepsis bezüglich Griechenlands Reformfähigkeit, die Beteiligung privater Gläubiger steht weiter auf der Kippe, und im politischen Berlin verstärken sich die Zweifel an der bisherigen Rettungsstrategie genauso wie unter



Finanzminister Evangelos Venizelos, IWF-Chefin Lagarde: Unabsehbare Folgen

## Teures Kapitel

Haftung für einen kompletten Zahlungsausfall Griechenlands, bestehende Risiken für den deutschen Steuerzahler Quellen: Ifo-Institut, IfW Kiel

### Zahlungsbilanzdefizit

Deutsche Haftung für Griechenlands Verbindlichkeiten im Target-2-System der EZB **30,1 Mrd. €**

### Erstes Rettungspaket

Von der KfW Bank bereits ausgezahlte Kredite **15,1 Mrd. €**

Anteil an den vom IWF geleisteten Zahlungen **1,2 Mrd. €**

### Aufkäufe griechischer Staatsanleihen durch die EZB

Deutscher Anteil **12,8 Mrd. €**

### Risiken bei öffentlichen Banken und staatlichen Bad Banks

**12,5 Mrd. €**

### GESAMT

**71,7 Mrd. €**

den Parteien Athens. Vergangene Woche erklärte der kleinste der drei hellenischen Koalitionspartner, er stehe für das Sanierungsbündnis nicht mehr zur Verfügung.

Jetzt rächt sich, dass sich Europas Regierungschefs zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dessen Präsidentin Christine Lagarde bis heute auf keine wirksame Therapie für den griechischen Patienten verständigen konnten. Ein Austritt Athens aus der Euro-Zone soll wegen seiner unkalkulierbaren Folgen unbedingt vermieden werden. Doch wie der hochverschuldete Staat innerhalb der Währungsunion gesunden kann, ist unklar.

Das neue Programm jedenfalls, das die Euro-Retter vergangene Woche mit den Athener Parteien aushandelten, scheint dazu kaum geeignet. 130 Milliarden Euro erhält das sieche Land, doch der gewaltige Geldbetrag macht die Sanierung des Landes nicht zwangsläufig leichter. Zwar wird der untragbare Schuldenberg verkleinert, aber das allein wird kaum helfen. Und während Athens Regierung erneut Löhne, Renten und staatliche Ausgaben kürzt, lässt sich nicht einmal in Ansätzen erkennen, wie das Land nach diesem Rezept wieder auf Wachstumskurs kommen will. Weiter so, Griechen-

land, lautet im Kern Europas Sanierungsstrategie.

Doch nach zweijährigen Bemühungen glaubt kaum noch jemand, dass auf diesem Weg die Krise zu bewältigen ist, weder in Athen noch in Brüssel oder Berlin. Hinhalten, zögern, streiten – Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) macht schon lange keinen Hehl mehr daraus, wie sehr ihn das Parteiengeschacher in Athen nervt. Und Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker fiel auf die Frage, ob er und seine Kollegen mit Griechenland langsam die Geduld verlieren, nur die denkbar knappste Antwort ein: „Ja.“

In der vergangenen Woche liefen Athens Parteiführer, die Ministerpräsident Loukas Papademos in seinen Amtssitz geladen hatte, wieder zu Hochform auf. Ursprünglich sollten sie ihre Unterschriften schon zu Wochenbeginn unter das neue Sparprogramm setzen. Am Donnerstagvormittag, die Finanzminister der Partnerländer machten sich schon auf den Weg nach Brüssel, hatten sie sich immer noch nicht geeinigt.

Die Helfer waren verstimmt, allen voran Schäuble. Wäre es nach dem deutschen Finanzminister gegangen, wäre der Euro-Gipfel geplatzt, doch die meisten seiner Kollegen beharrten auf dem Treffen. Dennoch war ziemlich schnell klar: An diesem Abend würde nichts entschieden. „Sie brauchen gar nicht auf heute Nacht zu warten, denn es wird keine Ergebnisse geben“, sagte Schäuble den Journalisten bei seiner Ankunft vor dem Brüsseler Ratsgebäude.

Tatsächlich war die Ministerrunde gar nicht beschlussfähig, wichtige Unterlagen fehlten. Der Entwurf über den Schuldenverzicht der privaten Banken lag noch nicht vor, die Übereinkunft über die dringlichsten Sanierungsmaßnahmen ebenso wenig. Und die drei Athener Parteiführer hatten nicht schriftlich erklärt, dass sie über Wahlen hinweg an den Beschlüssen festhalten wollen. Vor allem aber: Die Griechen hatten noch gar keinen Antrag auf neue Finanzhilfen gestellt.

Entschieden werden soll nun am Mittwoch dieser Woche. Doch dass ihnen mit ihrem zweiten Sparpaket der große Wurf gelungen ist, behaupten nicht einmal die Finanzminister. Die Lösung des Griechenland-Problems ist keine Frage von 10, sondern eher von 20 Jahren.

Die Annahmen, auf denen ihr Plan beruht, haben sich längst als hoffnungslos optimistisch erwiesen. So gehen die Rettungspolitiker davon aus, dass die griechische Wirtschaft schon bald wieder wächst. Angesichts der harschen Auflagen und Sparbeschlüsse erscheint das fraglich. Die Kürzungen bei Gehältern und Sozialausgaben lassen die Nachfrage schwinden, die Wirtschaft schrumpft weiter, worauf die Steuereinnahmen noch



Ausschreitungen in Athen am vergangenen Freitag: „Wir haben es satt“

mehr zurückgehen, weshalb aufs Neue gespart werden muss.

Das Schuldenproblem würde so nicht wirklich gelöst, zumal noch immer unsicher ist, in welchem Umfang sich die privaten Gläubiger an dem neuen Rettungspaket beteiligen. Zwar hat sich der Internationale Bankenverband IIF mit Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann an der Spitze mit Athen auf die Grundzüge eines freiwilligen Forderungsverzichts geeinigt. Doch bis Freitag hieß es aus Verhandlungskreisen, wichtige Details seien weiterhin offen.

Die privaten Gläubiger sollen insgesamt 70 bis 75 Prozent ihrer Forderungen abschreiben. Sie erhalten für einen Teil ihrer Ansprüche neue Staatsanleihen mit längeren Laufzeiten und deutlich niedrigeren Zinsen, die mit Garantien des europäischen Rettungsfonds abgesichert werden. Das erhöht den Anreiz für Gläubiger, sich am Umtausch zu beteiligen.

Dennoch ist offen, ob schließlich genug Investoren mitmachen. Nur wenn etwa 90 Prozent der Anleger einwilligen, wird das Ziel erreicht, Griechenland durch den Schuldenschnitt um rund hundert Milliarden Euro zu entlasten. Nach Angaben aus Finanzkreisen sperren sich aber vor allem Hedgefonds nach wie vor gegen einen Umtausch. Sie haben sich gegen eine Griechen-Pleite abgesichert und würden von einer Insolvenz des Landes profitieren.

Die internationalen Anleger zögern noch, den neuen Plan anzunehmen. In der Bevölkerung des Schuldenstaats ist das Urteil dagegen klar: Die Griechen, so scheint es, wollen nicht mehr gerettet werden. Nicht mit noch niedrigeren Mindestlöhnen, nicht mit weiter gekürzten Renten.

Noch während die Verhandlungen liefen, empfahl die Website der Zeitung „To Vima“, sie „sofort abzubrechen“ und ein Alternativkonzept „mit den USA auszuhandeln“. Griechenland, hieß es, habe „immer noch die Kraft, alles in die Luft zu sprengen“ – das sei „der einzige Weg, der bleibt“.

Als wollten sie dem radikalen Rat Nachdruck verleihen, zogen Ende vergangener Woche Tausende Demonstranten in langen Protestzügen durch das Zentrum Athens, an einem Bäumchen auf dem Syntagma-Platz hing, weithin sichtbar, ein Banner mit der Aufschrift „Wir haben es satt, wir machen nicht mehr mit“.

So sehen das inzwischen nicht nur die notorischen Nörgler im Land, sondern auch diejenigen, die den Reformprozess unterstützen, so wie Dimitris Daskalopoulos, der Chef der griechischen Industriellenvereinigung SEV. Er war selbst schon Ziel von Farbbeutel-Attacken der Radikalen. Nun sitzt er nicht weit vom Syntagma-Platz in seiner Verbandszentrale, geschützt von Zugangscodes und

Sicherheitsschleuse, und sagt: „Die Politik der Troika hat versagt.“ Sein Verband vertritt jetzt mitunter dieselben Positionen wie die Gewerkschaften – vor kurzem noch war das undenkbar.

Zum Beispiel was die Lohnkürzungen im Privatsektor angeht. Laut neuem Vertrag verpflichten sich die Griechen, den Mindestlohn um 22 Prozent zu senken, von 751 Euro auf 568 Euro. Auch die Abschaffung des 13. und 14. Monatsgehalts im Privatsektor ist im Gespräch.

Das Problem in Griechenland seien aber nicht die Löhne und Gehälter, sagt Daskalopoulos. Es sind die Strukturen, die das Land zum Sonderfall machen. Die Troika habe versagt, die von ihr geforderten Reformen bei den Politikern durchzusetzen. „Ein Armutszeugnis“, sagt Daskalopoulos.

sparen. 15.000 sollen es in diesem Jahr sein. 2011 lag die Vorgabe noch höher. Allein: Nur 6000 Beamte quitierten 2011 den Dienst – die meisten davon wären sowieso pensioniert worden.

Statt Reformen dort einzufordern, wo sie nötig seien, drohten die internationalen Kreditgeber mit ihren Sparmaßnahmen auch den letzten Rest funktionierender Privatwirtschaft zu ersticken, warnt Verbandschef Daskalopoulos. „Wenn wir so weitermachen, fehlt uns für einen Aufschwung jegliche wirtschaftliche Basis.“

Die Politiker nutzen das vor allem, um zu retten, was aller Voraussicht nach nicht mehr zu retten ist: ihre Macht.

Er könne die geforderten Rentenkürzungen nicht mittragen, sagte Antonis Samaras während des 13-stündigen Verhandlungsmarathons in die Fernsehkame-



Premierminister Papademos (2. v. r.), Parteiführer\*: Zu Hochform aufgelaufen

Tatsächlich kommt die Öffnung des Arbeitsmarkts so gut wie nicht voran, und der Erlös der Privatisierungen liegt weiter hinter den Vorgaben zurück. Fünf Milliarden Euro sollten 2011 durch den Verkauf von Staatseigentum eingenommen werden, gerade mal 1,7 Milliarden sind es geworden. Was weder die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und IWF noch die griechische Regierung daran hindert, die Ziele für 2012 unvermindert hochzustecken. Zehn Milliarden sollen die Griechen in diesem Jahr durch Privatisierungen einnehmen, fünf Milliarden allein im ersten Quartal, so der Plan.

Obwohl ein Steuergesetz nach dem anderen verabschiedet wird, schulden die Griechen ihrem Staat nach wie vor etwa 42 Milliarden Euro an Steuereinnahmen.

Auch im neuen Kreditvertrag fordert die Troika, 150.000 Stellen im krankhaft aufgeblähten öffentlichen Dienst einzu-

sparen – um kurz darauf sämtlichen Forderungen zuzustimmen.

Der Termin für Neuwahlen steht nicht einmal fest, eines allerdings scheint jetzt schon sicher: Die etablierten Parteien werden von der Wählerwut geradezu weggefegt werden. Die sozialistische Pasok, bis November 2011 die Partei, die mit Giorgios Papandreuou den Regierungschef stellte, liegt nach Umfragen mittlerweile bei 8 Prozent. Die konservative Nea Dimokratia, deren Chef Antonis Samaras sich alle Mühe gibt, seinen größten Traum doch noch zu erfüllen und Premierminister zu werden, kommt demnach auf 30 Prozent, Tendenz: stark fallend.

Die Krise als Chance begreifen vor allem die kleineren linken Parteien; ihr Zu-

\* Georgios Karatzaferis, Antonis Samaras und Giorgios Papandreuou am vergangenen Mittwoch in Papademos' Büro in Athen.

lauf wächst rasant. Die Slogans haben alle denselben Tenor: „Schluss mit der internationalen Besatzung“.

Das ist das Kuriose an der Euro-Krise: Bei den angeblichen Besitzern sehen das viele ähnlich. Nach zwei Jahren Dauerdiskussion über Griechenland reift in der politischen Klasse des Hauptzahlerlandes Deutschland die Erkenntnis, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Den geballten Wut in der Union bekamen Kanzlerin und Finanzminister am vergangenen Freitagvormittag zu hören. Merkel und Schäuble hatten die Parlamentarier zu einer Sondersitzung der Fraktion bestellt, um den Weg bis zur Abstimmung über das zweite Griechenland-Paket am 27. Februar zu besprechen. Die Stimmung war frostig. Die Abgeordneten sind das Thema Griechenland leid. Immer

Union hat die Spitzen der Partei längst erreicht. „Wenn diejenigen, die Reformen umsetzen müssen, darauf hoffen könnten, dass es trotzdem Nachschüsse gibt, kämen wir nie zu einer Stabilitätsunion“, warnt CSU-Chef Horst Seehofer. Der Bayer stellt sich hinter Merkmals Rettungspolitik, will aber nicht endlos dafür Milliarden ausgeben. „Die Gesamthaftung Deutschlands bei der Euro-Rettung in Höhe von 211 Milliarden Euro darf nicht erhöht werden“, sagt Seehofer. „Das ist die rote Linie.“

Wolfgang Bosbach, einer der Euro-Rebellen in der CDU, sieht kaum eine Zukunft für Griechenland im Euro. „Ich kann dem zweiten Hilfspaket nicht zustimmen, denn dem Land fehlt es an Wirtschaftskraft, Wettbewerbsfähigkeit und einer effizienten öffentlichen Verwaltung,

kussierung auf das Sparen für falsch. Am Freitag brach sich diese Spannung bei der Sondersitzung der Fraktion Bahn.

Während Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, der eine Zustimmung zum Paket anstrebt, die Haltung der Fraktion festlegen wollte, hatten etliche Abgeordnete das Bedürfnis, grundsätzlich zu diskutieren. Viele meldeten sich zu Wort: Reine Austeritätspolitik, wie man sie aktuell in Griechenland betreibt, sei wirtschaftlicher Unsinn – so der Tenor. „Heißt das nun, dass wir gegen das Griechenland-Paket stimmen sollen?“, unterbrach Steinmeier die Redner.

Deutschlands Parteiführer sind ratlos. Sie spüren, dass sich die Stimmung gegen eine erneute Griechenland-Rettung wendet, aber sie wissen auch, dass eine Pleite hohe Risiken birgt. Geht Griechenland bankrott, würde die deutsche Regierung schlimmstenfalls Dutzende Milliarden Euro verlieren.

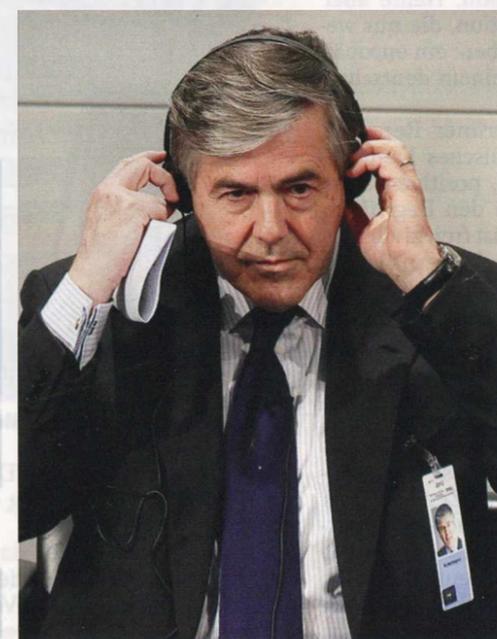
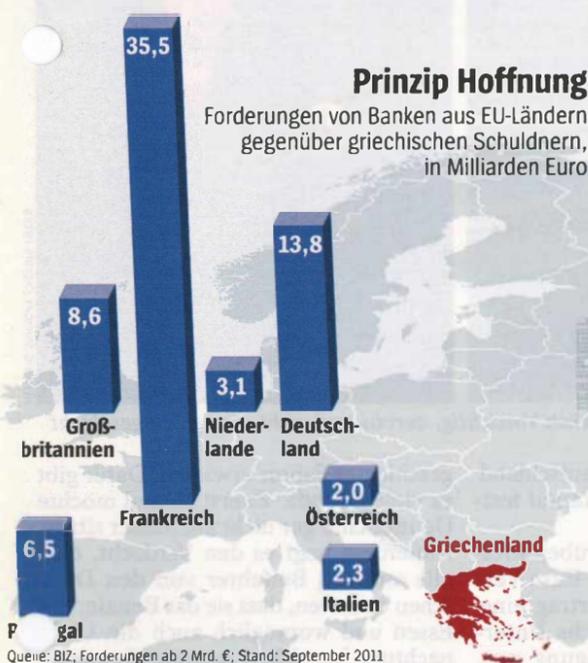
Im Rahmen des aktuellen Rettungsprogramms haben die Euro-Staaten gemeinsam mit dem IWF bereits mehr als 70 Milliarden Euro nach Athen überwiesen – in Form bilateraler Kredite. Mit 15 Milliarden Euro kommt der Großteil davon aus Deutschland. Entsprechend groß ist das Verlustrisiko des deutschen Finanzministers.

Zudem haften die deutschen Steuerzahler für die griechischen Staatsanleihen mit, die die Europäische Zentralbank (EZB) in der Finanzkrise in ihre Bücher genommen hat und die

bei einer Pleite weitgehend wertlos würden. Dadurch, so schätzt das Münchner Ifo-Institut, kämen allein auf die deutschen Steuerzahler bis zu 13 Milliarden Euro zu.

Athens Notenbank hat bei der EZB rund 108 Milliarden Euro sogenannte Target-2-Verbindlichkeiten, um Griechenlands Banken zu stützen. Auch diese Forderung dürfte bei einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion weitgehend verfallen und müsste von den verbleibenden Notenbanken der Euro-Zone ausgeglichen werden. Für Deutschland könnte das laut Ifo-Institut weitere Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro bedeuten.

Damit ist die Kostenrechnung aber nicht zu Ende. Kommt es zur Pleite, würde das ganze Land ins Chaos stürzen. Beamte bekämen keine Löhne mehr, Rentner keine Renten. Den griechischen



Deutsche-Bank-Chef Ackermann: Details offen

wieder hören sie vor jeder neuen Rettungsaktion, nun mache Athen aber wirklich ernst mit den Reformen. Ist das Programm dann verabschiedet, lautet die Botschaft: Die Reformen kommen nicht voran.

Gunther Krichbaum, der gewöhnlich regierungstreue CDU-Europapolitiker, hatte gleich eine ganze Reihe von Fragen an Schäuble. Bleibe es bei den 130 Milliarden Euro für das zweite Griechenland-Paket?, wollte er wissen. Und: Wie könne ein ordentlicher Steuervollzug in Griechenland gewährleistet werden?

Schäuble flüchtete sich in Flapsigkeit. „Das ist doch schon in Deutschland schwierig“, antwortete er und erntete Gelächter. Es sollte der einzige heitere Moment des Treffens bleiben.

Auch wenn die Parlamentarier Ende Februar das zweite Griechenland-Paket noch einmal abnicken – der Frust in der

um sich zumindest mittelfristig wieder selbst finanzieren zu können“, sagt er. Und der CSU-Europaexperte Thomas Silberhorn kritisiert: „Wir geben eine Geschäftsgrundlage nach der anderen auf.“

Die FDP-Führung stützt den Kurs Merkmals. Die Liberalen wollen nicht dafür verantwortlich gemacht werden, falls die Rettung Griechenlands misslingt. „Die Griechen müssen jetzt liefern“, mit diesen Worten versuchte Parteichef Philipp Rösler seine Truppe vergangene Woche einzuschwören. Doch die Parteispitze fürchtet den Frust der Abgeordneten. Mehrere Parlamentarier haben intern bereits erklärt, sie wüssten nicht, ob sie einem erhöhten Hilfspaket zustimmen könnten.

Sogar die SPD tut sich zunehmend schwer mit der Griechenland-Rettung: Einerseits haben die Sozialdemokraten im Bundestag bislang die Politik Merkmals mitgetragen, andererseits halten sie die Fo-

DEBATTE

# Allein kriegen sie es nicht hin

In die Führung Europas hat sich Deutschland nicht gedrängt, es ist auch schlecht darauf vorbereitet.

Von Timothy Garton Ash

Im Jahr 1953 hielt Thomas Mann in Hamburg eine Rede vor Studenten, in der er diese beschwor, sie sollten nicht nach einem „deutschen Europa“, sondern nach einem „europäischen Deutschland“ streben. Diese Formel wurde in den Tagen der Wiedervereinigung endlos wiederholt. Heute aber erleben wir eine Variation, die nur wenige vorhergesehen haben: ein europäisches Deutschland in einem deutschen Europa.

Angela Merkels Berliner Republik verkörpert ein europäisches Deutschland in jenem reichen, positiven Sinn, in dem Thomas Mann den Begriff gebrauchte. Deutschland ist frei, zivilisiert, demokratisch, dem Recht verpflichtet, es ist sozial orientiert und umweltbewusst. Natürlich ist es beileibe kein perfektes Land, aber doch ebenso gut wie jedes andere große Land in Europa – und es ist das beste Deutschland, das wir je hatten.

Nun befindet sich dieses europäische Deutschland wegen der Krise in der Eurozone unwillentlich im Zentrum des deutschen Europa. Niemand kann ernsthaft bezweifeln, dass Deutschland nicht das Sagen hätte. Weil Deutschland es will, haben wir einen Fiskalpakt, dem 25 Mitgliedstaaten der EU zugestimmt haben. Zudem halten die Deutschen den verzweifelten, verarmten Griechen vor, sie sollten „ihre Hausaufgaben machen“. Noch ungewöhnlicher ist es, dass die deutsche Kanzlerin den französischen Wählern sagt, wen sie zu ihrem Präsidenten wählen sollen, indem sie mehrmals mit Nicolas Sarkozy im Wahlkampf auftritt. Es ist zum Klischee geworden, dass Europa von „Merkozy“ geführt wird – in Wahrheit muss es „Merkelzy“ heißen.

Deutschland hat sich nicht in diese Führungsrolle gedrängt. Dass es so weit kam, ist vielmehr der perfekte Beleg für das historische Gesetz von den unbeabsichtigten Folgen. Deutsche Kanzler, von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl, hatten die Absicht, das europäische Projekt durch eine Europäische Währungsunion voranzutreiben, aber es war Frankreich unter François Mitter-



Autor Mann 1953, Kanzlerin Merkel: Vorsichtig, nervös und nicht sonderlich geschickt



rand, das darauf beharrte, Deutschland vor der Wiedervereinigung darauf festzunageln.

Historiker mögen sich darüber streiten, in welchem Maße die Euro-Vereinbarung im Maastricht-Vertrag eine Gegenleistung für Frankreichs Unterstützung der Wiedervereinigung war, aber zweierlei ist klar: Beide Länder stimmten überein, dass darin ein bedeutender Beitrag lag, das neuerlich vereinte Deutschland an ein noch stärker vereintes Europa zu binden, wobei Frankreich weiterhin eine Führungsrolle übernehmen sollte – wenn nicht: die Führungsrolle. Und viele Deutsche verstanden die Dreingabe ihrer geliebten Deutschen Mark als ökonomischen Preis für ein höheres politisches Gut.

20 Jahre nach Maastricht sehen wir, dass genau das Gegenteil eingetreten ist. Ökonomisch erwies sich der Euro als überaus vorteilhaft für Deutschland. Politisch hat die Währungsunion dazu geführt, dass Deutschland am Steuer sitzt und Frankreich auf dem Beifahrersitz.

Bisher hat sich Deutschland als vorsichtig, nervöser und nicht sonderlich

geschickter Fahrer erwiesen. Dafür gibt es viele Gründe. Zuerst einmal möchte Deutschland gar nicht am Steuer sitzen. Außerdem hegt es den Verdacht, dass alle anderen Beifahrer von den Deutschen erwarten, dass sie das Benzin, das Essen und womöglich auch die Übernachtung bezahlen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz am vorvergangenen Wochenende regten Weltbankpräsident Robert Zoellick und ich an, dass Deutschland etwas mehr ökonomische und politische Führung zeigen sollte. Darauf antwortete der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière, wenn „deutsche Führung angemahnt wird, dann wird meist nicht Führung gemeint, sondern Geld“. Er lag falsch – aber er gab wieder, was viele Deutsche denken.

Die Deutschen fühlen sich unbehaglich, weil es schlecht ankommt, wenn sie wirklich führen, aber auch schlecht ankommt, wenn sie nicht führen. Die schreckliche Vergangenheit, die Thomas Mann zu seinem Nachkriegsappell veranlasste, spielt dabei eine Rolle. Wenn Deutschland einen Sparkommissar für die Kontrolle über den griechischen

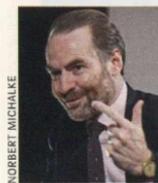
Sparhaushalt empfiehlt, wird der dort zwangsläufig „Gauleiter“ getauft. Überdies hat die deutsche Zurückhaltung, eine Führungsrolle in Europa zu spielen, auch damit zu tun, dass die deutsche Elite daran nicht gewöhnt ist – anders als die französische Elite, die nichts mehr liebt. Die Franzosen würden nur zu gern, können aber nicht; die Deutschen können, wollen aber nicht.

Vor allem aber gibt es das immerwährende Dilemma der seltsamen deutschen Zwischengröße: „zu groß für Europa, zu klein für die Welt“, wie Henry Kissinger sagte.

Zweierlei muss deshalb geschehen. Erstens sollten alle Deutschen noch einmal Thomas Manns Rede an die Hamburger Studenten lesen, um die historische Dimension der heutigen Herausforderungen zu verstehen und auch um sich die intellektuelle und moralische Größe vor Augen zu halten, zu der sie einst fähig waren. Denn Manns wunderbar formulierte, zutiefst bewegende Botschaft an jene jungen Deutschen im Jahr 1953 lässt sich auch in drei kurzen amerikanischen Worten zusammenfassen: „Yes, we can.“

Zweitens brauchen sie Hilfe von ihren Freunden. Allein kriegen sie es nicht hin. Es lässt sich leicht lachen über Sarkozys Possen auf dem Beifahrersitz („Non, non, ma chérie! Tout droit, tout droit!“), aber er hat die richtige Idee. Dass David Cameron sich in dieser entscheidenden Phase auf den Rücksitz – oder in den Kofferraum – setzt, spottet jeder Beschreibung. Anfang vergangener Woche betonte Merkel noch einmal, wie sehr sich Deutschland wünscht, dass Großbritannien mit seiner nord-

europäisch-liberalen Marktwirtschaft zurück ins Zentrum der europäischen Angelegenheiten findet. Mit einer Haltung, die alles andere als unwürdig war, haben die Briten auch noch 1953 viel dafür getan, dass das ruinierte Deutschland wieder auf die Füße kam. Es wäre kurzsichtig, es wäre sogar dumm, wenn Großbritannien Deutschland sich selbst überließe in einem Moment, in dem es eine derart entscheidende Rolle in Europa übernommen hat – eine Rolle, die es nicht gesucht hat, für die es schlecht vorbereitet ist und in der es Hilfe gut gebrauchen kann.



Garton Ash, 56, lehrt Zeitgeschichte und Politik in Oxford und veröffentlichte jüngst „Jahrhundertwende: Weltpolitische Betrachtungen 2000–2010“.



Touristenziel Mykonos: Eine Abwertung würde die Attraktivität steigern

Banken, die schon jetzt mehr schlecht als recht über die Runden kommen, würde die sofortige Pleite drohen, etlichen Unternehmen ebenfalls.

Der Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft würde auch Europas Bankensektor treffen. Deutsche oder französische Geldinstitute müssten nicht nur ihre griechischen Staatsanleihen endgültig abschreiben, sondern auch viele Kredite an den Privatsektor des Landes. Allein für die deutschen Banken geht es dabei insgesamt um rund 14 Milliarden Euro, für die französische Konkurrenz sogar um 35 Milliarden Euro. Einige Institute könnten diesen Verlust nicht selbst ausgleichen – und benötigten zusätzliche Staatshilfen.

Die Kosten eines totalen Hellenenbankrotts sind also immens. Trotzdem werden die Forderungen lauter, der griechischen Tragödie endlich ein Ende zu setzen. Ifo-Chef Hans-Werner Sinn etwa glaubt, dass eine Pleite des Landes für alle Beteiligten „das glimpflichste Schreckensszenario“ wäre.

Doch was, wenn das Land anschließend aus dem Euro austreten würde? Um wirtschaftlich zu gesunden, wäre ein solcher endgültiger Schlussstrich unter das Euro-Abenteuer konsequent. Wenn die Regierung die Drachme wieder einführt und diese massiv abwertet, werden Griechenlands Waren und Dienstleistungen billiger. Der Tourismussektor zum Beispiel wäre gegenüber der Konkurrenz etwa in Spanien erheblich wettbewerbsfähiger. „Dies ist der am besten erprobte und praktikabelste Weg, um Krisen wie in Griechenland zu überwinden“, machte der US-Ökonom Kenneth Rogoff vergangene Woche bei einem Vortrag in der Berliner American Academy klar.

Doch was Griechenland helfen würde, hätte für die restliche Euro-Zone unabsehbare Folgen. „Niemand kann vorhersagen, wie groß die Ansteckungseffekte eines solchen Schritts sind“, sagt Oxford-Ökonom Clemens Fuest. Zwar würden Europas Politiker umgehend beteuern, Griechenland sei ein Sonderfall. Doch ob Europas Bürger und die internationalen Geldan-

ger den Zusicherungen glauben würden, ist fraglich. Zu oft wurden in der Euro-Krise Versprechen bereits gebrochen.

Greift aber die Sorge um sich, dass Griechenland nur der Anfang einer Reihe von Austritten aus der Währungsunion ist, droht eine gefährliche Kettenreaktion. Banken, Versicherungen und Fonds würden versuchen, die Staatsanleihen von Krisenländern möglichst schnell abzustoßen. Und die Bürger von Lissabon über Madrid bis Rom würden möglicherweise beginnen, ihre Konten zu plündern und das Bargeld nach Nordeuropa zu schaffen. Aus der schleichenden Kapitalflucht der vergangenen Monate würde ein regelrechter Bank-Run, der die Währungsunion endgültig zur Explosion bringen könnte.

Die Griechenland-Retter stecken in einem kaum lösbaren Dilemma. Machen sie weiter wie bisher, kommt das Land nicht aus der Krise. Drängen sie Athen aus dem Euro, gerät die ganze Währungsunion in Gefahr. So verbleibt als einzig gangbare, aber teure Strategie: eine Staatspleite Griechenlands innerhalb der Währungsunion. Auf diese Weise ließe sich der Kreditberg des Landes auf ein verträgliches Niveau drücken, was den nötigen Spielraum schaffen würde für einen ökonomischen wie politischen Neuanfang: harte Strukturreformen und eine Wachstumsstrategie für Industrie und Dienstleistungen.

Es wäre der Plan B, nach dem die Politiker in Brüssel wie Berlin schon so lange suchen. Noch ist unklar, wann sie den Mut für den unvermeidlichen Schritt finden werden, doch denken die Beteiligten bereits darüber nach, wie sich die Abkehr vom bisherigen Kurs am besten nach innen wie nach außen rechtfertigen lässt. „Wenn es in Griechenland scheitert“, sagte Finanzminister Schäuble vergangenen Freitag in der Sitzung der Unionsfraktion, „darf es nicht an Deutschland scheitern.“

SVEN BÖLL, MARTIN HESSE, JULIA AMALIA HEYER, CHRISTOPH HICKMANN, PETER MÜLLER, RALF NEUKIRCH, CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA, ANNE SEITH

# „Ich möchte kein deutsches Europa“

Bundesaußenminister Guido Westerwelle, 50, über den richtigen Umgang mit Syrien, seine Sorgen um Deutschlands Ansehen in Europa und seinen Rückzug aus der FDP-Spitze

**SPIEGEL:** Herr Minister, können Sie uns das Verhalten Ihres Duz-Freundes, des russischen Außenministers Sergej Lawrow, in der Syrien-Frage erklären?

**Westerwelle:** Russland hat meiner Einschätzung nach die Sorge, dass es in der Region an Einfluss verliert. Deshalb hat es bedauerlicherweise im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen die Syrien-Resolution gestimmt. Wir müssen Russland klarmachen, dass es seine eigenen strategischen Interessen nicht gefährdet, wenn es sich auf die richtige Seite der Geschichte stellt.

**SPIEGEL:** Es scheint noch ein weiter Weg bis zu dieser Einsicht zu sein.

**Westerwelle:** Der Besuch meines geschätzten Kollegen Sergej Lawrow in Damaskus war sicher kein gelungener. Er hat nicht die Botschaften überbracht, die ich mir erhofft habe.

**SPIEGEL:** Das ist zurückhaltend formuliert. Lawrow hat behauptet, der syrische Diktator Assad tue alles dafür, die Gewalt zu unterbinden.

**Westerwelle:** Die russische Seite hat schon bei den Verhandlungen der letzten Tage immer wieder erklärt, dass sie die Ursachen der Gewalt nicht nur bei der Regierung, sondern genauso bei der Opposition sieht. Ich habe zusammen mit Hillary Clinton und anderen Kollegen deutlich gemacht, dass wir eine solche relativierende Sicht nicht akzeptieren können. Das Assad-Regime war es, das auf den berechtigten Protest für mehr Freiheit mit Gewalt und mehr Gewalt geantwortet hat. Was mir die Uno-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay über die Gewalt in Syrien berichtet hat, ist so abscheulich, dass ich es Ihnen hier nicht zumuten möchte.

**SPIEGEL:** Was passiert, wenn die Russen uneinsichtig bleiben?

**Westerwelle:** Wir werden trotz der gescheiterten Resolution nicht aufgeben. Wir bereiten gerade die nächste Sanktionsrunde der EU vor. Wir haben den Vorschlag gemacht, eine Kontaktgruppe der Freunde eines demokratischen Syriens einzurichten, um politischen Druck aufzubauen. Ich schließe auch nicht aus, dass wir noch einmal in die Vereinten Nationen gehen, sei es in den Sicherheitsrat oder in die Vollversammlung. Wir unterstützen den Vorschlag einer gemeinsamen Beobach-

termission der Arabischen Liga und der Vereinten Nationen sowie die Berufung eines Uno-Sondergesandten für Syrien.

**SPIEGEL:** Die Türkei erwägt, an ihrer Grenze Schutzzone für Flüchtlinge einzurichten – auf syrischem Gebiet.

**Westerwelle:** Wir helfen bereits humanitär. Dass wir mehr tun wollen, um den Flüchtlingen zu helfen, ist klar. Wir werden darüber mit der Türkei beraten, denn sie nimmt mit Abstand die meisten Flüchtlinge auf.

**SPIEGEL:** Befürworten Sie eine Schutzzone auf syrischem Territorium, die dann militärisch gesichert werden müsste?

**Westerwelle:** Das sind Fragen, die man erörtert, wenn es konkrete Pläne gibt.

**SPIEGEL:** Wer soll diese Pläne ausarbeiten?

**Westerwelle:** Alles, was wir tun, stimmen wir eng mit der Arabischen Liga ab, die ihre politische Führungsrolle sehr ernst nimmt. Das ist eine positive Entwicklung, die im Schatten dieser traurigen Ereignisse stattgefunden hat.

**SPIEGEL:** Aber Sie müssen doch eine eigene Vorstellung davon haben, was passiert, wenn Russen und Chinesen bei ihrem Veto bleiben.

**Westerwelle:** Ich habe ja gerade gesagt, was wir tun, um den Druck zu erhöhen. Das machen wir auch auf bilateraler Ebene. Ich habe entschieden, dass wir vorerst keinen neuen Botschafter nach Syrien schicken. Vier Botschaftsangehörige Syriens in Berlin wurden ausgewiesen.

**SPIEGEL:** Hängt Ihre verbale Entschiedenheit in der Syrien-Frage damit zusammen, dass sie gewissermaßen gratis ist, weil niemand einen Militäreinsatz fordert, an dem sich Deutschland womöglich beteiligen müsste?

**Westerwelle:** Wir waren auch in Libyen nicht neutral. Wir haben aber entschieden, dass wir uns nicht mit deutschen Soldaten an der Intervention dort beteiligen werden.

**SPIEGEL:** Warum geht man gegen Syrien nicht so scharf vor wie gegen Iran? Da verhängen Amerikaner und Europäer drastische Sanktionen – auch ohne Uno-Votum.

**Westerwelle:** Wir haben bereits elf Sanktionsrunden gegen Syrien hinter uns, und es werden weitere folgen. Bei Iran kommt noch etwas hinzu: Eine nukleare Bewaffnung des Landes wäre nicht nur eine erhebliche Gefährdung der Sicherheitslage in der Region, einschließlich der unseres Partners Israel. Es wäre auch eine erhebliche Gefährdung der Sicherheitsarchitektur der Welt.

**SPIEGEL:** Sie glauben, dass Iran diese Waffen einsetzen würde?

**Westerwelle:** Das müsste er gar nicht. Stellen Sie sich vor, ein atomar bewaffneter Iran hätte gedroht, den Schiffsverkehr in der Straße von Hormus zu blockieren: Deswegen haben wir beispiellose Sanktionen beschlossen, die meinem Eindruck nach auch zu wirken beginnen.



Partner Assad, Lawrow: „Der Besuch war sicher kein gelungener“



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

**Liberaler Westerwelle:** „Gibt es den Begriff ‚verbesserungsbeabsichtigt‘?“

**SPIEGEL:** Und wenn Iran sich nicht beeindrucken lässt? Dann müsste man nach Ihrer Analyse doch sagen: Die Verschiebung der Machtarchitektur in der Welt wäre so gravierend, dass man sie notfalls auch militärisch verhindern müsste.

**Westerwelle:** Wir sollten uns an einer Eskalation der Worte nicht beteiligen. Wir haben die Sanktionen beschlossen, weil wir überzeugt sind, dass sie wirken können.

**SPIEGEL:** Ist das auch eine Botschaft an Israel? Dort wird ein Militärschlag offen diskutiert.

**Westerwelle:** Die israelische Regierung hat bei meinem Besuch in der vergangenen Woche die deutsche Rolle beim Zustandekommen der Sanktionen und auch die Sanktionen an sich sehr gewürdigt.

**SPIEGEL:** Das heißt nicht, dass sie keinen Angriff auf die iranischen Atomanlagen vorbereitet.

**Westerwelle:** Wenn die Sanktionen wirken sollen, müssen sich möglichst viele Länder daran beteiligen. Ich habe eine sehr konkrete Vorstellung davon, wie die Reaktion der Länder sein wird, auf die wir jetzt einwirken, wenn wir gleichzeitig über eine militärische Intervention diskutieren. Das schadet nur.

**SPIEGEL:** Die Situation in der Region ist in Bewegung. Die palästinensischen Organisationen Hamas und Fatah haben sich auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung geeinigt. Werden Sie mit dieser Regierung reden, obwohl sie von der Hamas mitgetragen wird?

**Westerwelle:** Die Hamas ist für uns so lange kein Gesprächspartner, wie sie sich nicht zur Gewaltfreiheit, zum Existenzrecht Israels und zu den bisherigen Vereinbarungen mit Israel bekennt.

**SPIEGEL:** Aber mit Vertretern der palästinensischen Regierung werden Sie reden?

**Westerwelle:** Wir sind in engem Kontakt mit Präsident Mahmud Abbas und Ministerpräsident Salam Fajad. Ich hoffe, dass uns beide lange als Gesprächspartner und Akteure erhalten bleiben. Präsident Ab-

**„Man kann eine Schuldenkrise nicht dadurch lösen, dass man dauernd neue Schulden macht.“**

bas hat mir versichert, dass er nur Minister in die Regierung aufnehmen wird, die seiner Politik auch folgen.

**SPIEGEL:** Ist die Einigung zwischen Hamas und Fatah eine gute oder eine schlechte Nachricht?

**Westerwelle:** Es ist sicher gut, wenn die palästinensischen Kräfte sich einigen. Es geht aber vor allem darum, worauf sie sich einigen.

**SPIEGEL:** Die Einigung der Palästinenser sieht auch Wahlen in diesem Jahr vor. Werden Sie weiter mit der Regierung reden, wenn die Hamas die Wahlen gewinnt?

**Westerwelle:** Ich habe Ihnen gesagt, was unser Fundament ist. Sie wissen auch, dass die Hamas hier in Europa bislang als terroristische Organisation eingestuft ist.

**SPIEGEL:** Sie sind im Nahen Osten sehr aktiv. Beim derzeit wichtigsten außenpolitischen Thema allerdings, der Europapolitik, haben Sie als Außenminister nach dem Lissaboner Vertrag kaum noch was zu melden.

**Westerwelle:** Ich wüsste wirklich gern, warum mein Vorgänger Joschka Fischer, der ja kein kleines Ego hat, dieser Beschneidung seiner Kompetenzen damals zugestimmt hat. Ich werde ihn bei Gelegenheit danach fragen.

**SPIEGEL:** Was können Sie also in dieser Krise noch beitragen?

**Westerwelle:** Ideen zur Errichtung einer Stabilitätsunion kamen aus dem Auswärtigen Amt. An der Erarbeitung des Fiskalpakts waren wir wesentlich beteiligt. Mir geht es aber um mehr: Wir müssen jetzt ein neues Kapitel in der Integration Europas aufschlagen. Ich möchte auch einen Beitrag dazu leisten, dass sich das Europabild in Deutschland und das Deutschlandbild in Europa verbessern. Denn wenn jemand sagt: „Europa spricht Deutsch“ ...

**SPIEGEL:** ... wie es Unionsfraktionschef Volker Kauder getan hat ...

**Westerwelle:** ... dann kann es falsch verstanden werden. Volker Kauder hat übrigens etwas ganz anderes gemeint. Ich möchte kein deutsches Europa.

**SPIEGEL:** Was möchten Sie dann?

**Westerwelle:** Ein europäisches Deutschland. Wir dürfen nicht glauben, dass wir immer der starke Mann Europas sein werden. Vor zehn Jahren galten wir noch als der kranke Mann Europas.

**SPIEGEL:** Wird die deutsche Dominanz im Moment zu groß?

**Westerwelle:** In ganz Europa haben wir eine Tendenz zur Renationalisierung, die ich ablehne. In Deutschland kommen gelegentlich Tendenzen zum Auftrumpfen hinzu, die mich besorgen. Ich halte es nicht für klug, dass wir den deutschen Parteienstreit in den französischen Wahlkampf verlagern.

**SPIEGEL:** Sie sprechen von der Wahlkampfhilfe der Kanzlerin für den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy.

**Westerwelle:** Nein, ich rate allen Parteien dazu, jedem Land in Europa mit einem Maß an respektvoller Zurückhaltung zu begegnen. Man kann unseren europäischen Partnern sehr ernste Sachen sagen, aber man muss sie nicht kränken. Wenn wir glauben, wir müssten die teutonische Keule auf der Woge des großen wirtschaftlichen Erfolgs schwingen, werden wir irgendwann feststellen: Das war gar keine Keule, das war ein Bumerang. Europa ist nicht nur die Antwort auf die Geschichte. Es ist unsere Schicksalsge-

Zeit für alles,  
was Sie antreibt:

17  
Monate  
geschenkt!

Mitgliedschaft:  
jetzt profitieren  
und gewinnen.

Jeder Mensch hat etwas,  
das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Die Vereinten Nationen haben 2012 zum „Internationalen Jahr der Genossenschaften“ erklärt. Nutzen Sie die Kraft der Genossenschaft und gewinnen Sie als Mitglied mit uns 17 Monate Zeit für alles, was Sie antreibt. 17 Monate, in denen Sie sorgenfrei Ihrem Antrieb folgen können. Teilnahmebedingungen erhalten Sie in teilnehmenden Filialen und auf [kraft-der-genossenschaft.de](http://kraft-der-genossenschaft.de)

Volksbanken  
Raiffeisenbanken 

meinschaft für die Zukunft: politisch, wirtschaftlich und kulturell.

**SPIEGEL:** Sollen wir es den Griechen überlassen, wie sie mit dem Geld aus Deutschland umgehen wollen?

**Westerwelle:** Ich bin mit der politischen Hängepartie der letzten Wochen in Griechenland mehr als unzufrieden. Ich sage es auch an die Adresse der deutschen Opposition: Man kann eine Schuldenkrise nicht dadurch lösen, dass man dauernd neue Schulden macht. Wachstum kommt nicht von Schulden, sondern von Wettbewerbsfähigkeit.

**SPIEGEL:** Griechenland bekommt jetzt wieder neues Geld. Dabei glaubt kaum jemand, das Land so noch retten zu können. Ist es Zeit für eine geordnete Insolvenz?

**Westerwelle:** Die Zukunft Griechenlands liegt in den Händen der Griechen. Sie müssen zeigen, dass sie es wirklich ernst meinen. Es reicht nicht, Reformprogramme zu beschließen, sondern es ist notwendig, dass die Umsetzung der Reformen unverzüglich begonnen wird. Nicht irgendwann – sondern jetzt.



Westerwelle, SPIEGEL-Redakteure\*  
„Jetzt zählen nur noch Taten“

**SPIEGEL:** Das zweite Hilfspaket wird vermutlich teurer als gedacht, auch weil die Griechen ihre Zusagen nicht eingehalten haben. Wie lange macht die deutsche Bevölkerung das noch mit?

**Westerwelle:** Es ist unzweifelhaft eine Stunde der Wahrheit für Griechenland. Wenn in Athen die Weichen jetzt nachhaltig richtig gestellt werden, kann Griechenland mit unserer Unterstützung rechnen – aber nur dann. Vorleistungen kann es nicht mehr geben. Jetzt zählen nur noch Taten.

**SPIEGEL:** Muss Griechenland auf jeden Fall im Euro bleiben?

**Westerwelle:** Das bleibt unser klares Ziel.

**SPIEGEL:** Wo wir gerade über scheinbar hoffnungslose Fälle reden – was hat sich in der FDP eigentlich gebessert, seitdem Sie nicht mehr Parteichef sind?

**Westerwelle:** Versuchen Sie es gar nicht erst. Ich unterstütze Philipp Rösler und die Parteiführung, und ich will ihren Erfolg.

\* Konstantin von Hammerstein und Ralf Neukirch am vergangenen Mittwoch in Guido Westerwelles Büro.

**SPIEGEL:** Und Sie hatten nie das Gefühl, dass Ihr Verzicht auf den Vorsitz womöglich gar nicht nötig gewesen wäre?

**Westerwelle:** Lassen Sie mich sentimental werden: Vor einem Jahr um diese Zeit war ich Parteivorsitzender und konnte gerade das beste Ergebnis bei der Landtagswahl in Hamburg seit 40 Jahren feiern. Wenige Wochen später war klar, dass ich nicht mehr lange Vorsitzender sein werde. Wie es so schön heißt: A week is a long time in politics. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass wir das Blatt auch sehr schnell wieder ins Gute wenden können.

**SPIEGEL:** Haben Sie nie darüber nachgedacht, ob Ihr Rückzug ein Fehler war?

**Westerwelle:** Natürlich war ich in dem Augenblick, in dem ich den Parteivorsitz abgegeben bekommen habe, traurig. Aber wir hatten nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima zwei Landtagswahlen verloren. Da war der Wunsch offensichtlich, sich neu aufzustellen.

**SPIEGEL:** Und wie sehen Sie die Dinge heute?

**Westerwelle:** Ich war zehn Jahre Parteivorsitzender und habe, wenn man die Zeit als Generalsekretär mitzählt, 17 Jahre lang die Politik der FDP mitbestimmt. Irgendwann musste der Wechsel kommen. Ich werde mit ganzer Kraft dafür arbeiten, dass unsere Partei wieder Erfolg hat. Ich bin auch sicher, dass uns das gelingt.

**SPIEGEL:** Mit Ihrem Optimismus stehen Sie ziemlich allein da.

**Westerwelle:** Ich kenne die Kraft der Freiheit. Sie ist gerade in staatsgläubigen Zeiten ein willkommenes Angebot für Millionen Wähler.

**SPIEGEL:** Beschreiben Sie doch mal mit Ihren Worten den derzeitigen Zustand Ihrer Partei.

**Westerwelle:** Ausbaufähig.

**SPIEGEL:** Schenken Sie uns noch ein zweites Wort?

**Westerwelle:** Gibt es den Begriff „verbesserungsbeabsichtigt“?

**SPIEGEL:** Den Sensationserfolg bei der letzten Bundestagswahl verdanken Sie auch der Tatsache, dass viele Leute damals keine zweite Große Koalition wollten. Nach menschlichem Ermessen wird es bei der kommenden Wahl keine schwarz-gelbe Mehrheit mehr geben. Warum sollten bürgerliche Wähler dann noch FDP wählen?

**Westerwelle:** Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen – diese Klarheit gibt es nur bei der FDP. Ich bin ein rheinischer Optimist. Konrad Adenauer hat an seinem 90. Geburtstag die Glückwünsche seiner früheren Minister entgegengenommen: „Herr Bundeskanzler, wir wünschen Ihnen noch zehn gute Jahre.“ Er soll geantwortet haben: „Man soll Gottes Gnade nicht so enge Grenzen setzen.“

**SPIEGEL:** Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.